Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 11

Artikel: Die militärpolitische Lage am Jahresanfang 1960
Autor: Frick, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160997

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wenn aber einmal irgend etwas Schwerwiegendes geschehen ist, besteht noch die Hoffnung, daß alle Mächte zusammen beschließen, eine wirksame Kontrolle einzuführen, wodurch die Drohung mit jener schrecklichen Vernichtungswaffe, die in 15 Minuten weite Gebiete auf anderen Kontinenten zerstören kann, aufhört und verhindert wird, daß große Armeen durch Europa und Asien rollen und alles Leben auslöschen können. Hier liegt die Hoffnung von Verhandlungen, nicht in dem Versuch, Westeuropa und Nordamerika voneinander zu trennen.

Nach einem am 18. November 1959 an der Parlamentarierkonferenz der NATO in Washington gehaltenen Vortrag. Die englische Fassung ist in der Februarnummer der Zeitschrift Occident-Western World erschienen.

DIE MILITÄRPOLITISCHE LAGE AM JAHRESANFANG 1960

VON HANS FRICK

Der Ost-West-Konflikt

Wie seit Jahren ist auch heute noch der Konflikt zwischen dem von der Sowjetunion geführten Block kommunistischer Staaten und der freien Welt des Westens von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung der militärpolitischen Weltlage. Er hat seinen schärfsten Ausdruck in der *Berliner Krise* gefunden, die in gewissem Sinne das ganze abgelaufene Jahr überschattet hat. Bekanntlich wurde diese durch die ultimative Forderung Chruschtschews vom 27. November 1958 hervorgerufen, West-Berlin innerhalb von 6 Monaten von alliierten Truppen zu räumen und zur entmilitarisierten «freien» Stadt zu erklären. Wenn auch freilich infolge der festen Haltung der Westmächte Chruschtschew hinterher den ultimativen Charakter seiner Forderung bestritten hat, so blieb doch die Drohung eines separaten Friedensvertrages mit der sogenannten «Deutschen Demokratischen Republik» und der Übertragung der bisher von der Sowjetunion in Berlin ausgeübten Kompetenzen an diese bestehen. Die Abhaltung der Außenministerkonferenz in Genf seitens der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion, an der auch

Delegationen der Bundesrepublik und der Ostzonenregierung mit beratender Stimme teilnahmen, hat trotz der Ergebnislosigkeit der fast dreimonatigen Verhandlungen wenigstens ermöglicht, die Berliner Frage gewissermaßen aufs Eis zu legen. Weitgehend demselben Zweck dienten auch die Reise Macmillans nach Moskau und die Einladung Chruschtschews zu einem Besuch Nordamerikas. Trotz alledem besteht die besondere Gefährlichkeit der Berliner Frage nach wie vor. Chruschtschew hat zwar bestimmt recht, wenn er die Lage Berlins als anormal bezeichnet, allein er gibt natürlich nicht zu, daß dies einzig und allein auf die Teilung Deutschlands und auf die durch die Sowjetunion gegen den Willen der Bevölkerung erzwungene Einverleibung der Ostzone in den kommunistischen Block zurückzuführen ist. Durch ihre Aggressivität in der Berliner Frage möchte die Sowjetunion erstens die Anerkennung der Ostzone als selbständigen Staat seitens des freien Westens erzwingen und zweitens eine störende Bresche im eisernen Vorhang endgültig ausschalten. Es steht außer Frage, daß Ostdeutschland für die Sowjetunion von außerordentlicher Bedeutung ist: es stellt das Sprungbrett dar, von dem aus die weitere Ausbreitung des Kommunismus zunächst in Westdeutschland und anschließend in ganz Europa unternommen werden soll, und es bildet außerdem eine Klammer, mittels der man die nicht durchaus zuverlässigen Polen besser bei der Stange halten kann. Umgekehrt würde ein Übertritt Ostdeutschlands zur freien Welt in andern Satellitenstaaten unfehlbar zu Bewegungen oder gar Aufständen gegen die sowjetisch-kommunistische Zwangsherrschaft führen. Außerdem ist das freie, durch die Anwesenheit alliierter Truppen geschützte Westberlin den Russen und ihrem deutschen Satelliten höchst unbequem; es bietet die gute Gelegenheit zur Flucht großer Menschenmassen nach dem Westen, die unverändert andauert und damit den schlagenden Beweis für die tiefgehende Abneigung der Bevölkerung gegen das ihr aufgezwungene Regime leistet, und es ist zudem das Schaufenster des Westens, in dem auch Menschen aus dem Ostbereich feststellen können, wieviel freier und besser man im Westen lebt als im Raume des Sowjetparadieses. Chruschtschew hat denn auch im Laufe des letzten Jahres bei mehrfachen Gelegenheiten erklärt, Friedensverträge der ehemaligen Feindmächte mit «beiden deutschen Staaten» seien unerläßlich, um zur Beendigung der Besetzungsregimes zu kommen; wenn die Westmächte darauf nicht eingingen, werde die Sowjetunion deren Rechte in Berlin einseitig aufheben; sie werde übrigens einer Wiedervereinigung Deutschlands niemals zustimmen, die nicht die Errichtung des kommunistischen Systems in ganz Deutschland ermögliche; die zwischen der DDR und der Bundesrepublik verlaufende Scheidelinie der sozialistischen und der kapitalistischen Welt sei unverletzlich und heilig; sie werde von der Sowjetunion gegen jede Verletzung verteidigt werden. Deutlicher könnte man die Ziele der Sowjets kaum ausdrücken: endgültige Konsolidierung der in der deutschen

Ostzone erreichten Machtstellung und weiterer Einbruch des Kommunismus in die freie Welt, zunächst in Westberlin und sodann darüber hinaus in die deutsche Bundesrepublik. Diesem Zweck soll ferner der von Chruschtschew vorgeschlagene «Gesamtdeutsche Ausschuß» dienen, in dem die beiden Teile Deutschlands paritätisch vertreten wären. Welche außerordentliche Gefahr in dieser sowjetischen Haltung für den ganzen Westen liegt, ist klar ersichtlich; es ist daher sehr erstaunlich und erschreckend, daß es in den meisten Ländern des Westens noch eine Menge von Leuten gibt, die der Meinung sind, diese in Wahrheit unüberbrückbaren Gegensätze könnten durch Besuche und persönliche Besprechungen wesentlich gemildert oder gar aufgehoben werden. Auf jeden Fall ist festzustellen, daß jede westliche Konzession in der Berlinfrage zu einer neuen schweren Niederlage des Westens führen müßte; wenn überhaupt, so kann nur durch äußerste Festigkeit eine Verbesserung der Lage erreicht werden.

In den Rahmen der politischen Offensive der Sowjets fallen ferner die dauernden Forderungen nach der *Räumung der amerikanischen oder NATO-Stützpunkte* in Europa sowie die Kampagne gegen die Errichtung von Raketenbasen oder die Lagerung von Atomwaffen auf dem europäischen Kontinent. In zahlreichen drohenden Noten haben teils die Sowjetunion selbst, teils einzelne ihrer Satelliten, gegen den Aufbau solcher Basen und Lager in Norwegen, Westdeutschland, Italien und Griechenland protestiert. Auf derselben Linie liegt der von Bulgarien vorgebrachte, nachher von Chruschtschew und auch von Tito unterstützte Vorschlag der Ausgestaltung des Balkans zu einer atomfreien Zone, sowie der sowjetische Plan, die Ostsee zu einem «Meer des Friedens» zu erklären. Schließlich gehört dazu auch die sowjetische Forderung auf Beschränkung der Flughöhen der im Luftkorridor nach Berlin zirkulierenden alliierten Flugzeuge. Es ist ein charakteristisches Beispiel für die Wirkung der Festigkeit, daß nach der strikten Ablehnung seitens der Westmächte diese Forderung stillschweigend fallengelassen wurde.

Abrüstung

Der Gegensatz zwischen den beiden Blöcken äußert sich ferner in der Frage der *Abrüstung*. Die Bemühungen in dieser Richtung galten zunächst dem Verbot und der Kontrolle weiterer Versuchsexplosionen von Kernwaffen. Da die mit mehreren Unterbrechungen tagende Kernwaffenkonferenz in Genf nicht vom Fleck kam, schlug die Außenministerkonferenz die Einsetzung einer besonderen Expertenkommission für das Studium der Kontrollmöglichkeiten von Kernexplosionen in großer Höhe und in unterirdischen Räumen vor. Nachdem die Sowjetunion ursprünglich nur der Kontrolle von Explosionen mit hohen Sprengpunkten zuge-

stimmt hatte, erklärte sie sich schließlich doch bereit, auch diejenige unterirdischer Kernexplosionen durch Sachverständige prüfen zu lassen. Allein die am 25. November in Genf zusammengetretene Konferenz schloß am 19. Dezember ergebnislos ab. Die Schwierigkeit, unterirdische Kernexplosionen von bloßen seismischen Erschütterungen zu unterscheiden, veranlaßte die Vertreter der Westmächte, die Unerläßlichkeit fliegender Inspektionen zu betonen, was von den sowjetischen Delegierten unter Berufung auf überholte technische Grundlagen abgelehnt wurde. Wie schon bisher, scheiterten die Versuche zu einer Einigung an der Weigerung der Sowjetunion, eine wirksame Kontrolle zuzulassen. Als Folge dieser Haltung erklärte Eisenhower das Ende des Verzichtes auf Kernexplosionen seitens der USA. Wenn auch wohl die Wiederaufnahme der Versuche in nächster Zeit nicht geplant ist, so können solche doch jederzeit wieder unternommen werden, freilich unter Voranzeige an die andern beteiligten Staaten. Eisenhower verband seine Erklärung mit einer scharfen Kritik der sowjetischen Experten, die ihre unhaltbaren Auffassungen wider besseres Gewissen unter politischem Druck vertreten hätten. Praktisch ist in dieser Frage also noch nicht der mindeste Erfolg erreicht. Dabei würde auch ein Verbot der Kernexplosionen natürlich weder eine Auflösung der bestehenden Lager an Kernwaffen in sich schließen, noch deren weitere Fabrikation verhindern. Eine wirksame Kontrolle der letztgenannten Maßnahmen dürfte sich aber überhaupt als unmöglich erweisen. Das dauernde Drängen der Sowjetunion auf ein Verbot der Kernwaffen läuft also auf einen Versuch hinaus, dem Westen dieses wichtige Abschreckungsmittel zu entziehen, während dem Osten die Freiheit bliebe, im Geheimen weiter am Ausbau der Kernbewaffnung zu arbeiten. Daß derartige geheime Rüstungmaßnahmen in der Sowjetunion mit ihrem weiten Raum, ihrer lockeren Besiedlung und der unter Terrordruck lebenden Bevölkerung natürlich viel leichter unentdeckt bleiben könnten als im freien Westen mit seiner viel dichteren Bevölkerung und der hier herrschenden Bewegungs- und Informationsfreiheit, sei nur nebenbei erwähnt.

Da auch die allgemeine Abrüstungskommission der Vereinigten Nationen keinerlei Fortschritte erzielte, beschlossen die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion, auf Beginn des Jahres 1960 eine Zehnerkommission für die Abrüstung ins Leben zu rufen, an die außer den genannten Ländern auch Kanada, Italien, Bulgarien, die Tschechoslowakei, Polen und Rumänien Delegierte zu entsenden hätten. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob diese Kommission, an der die beiden Blöcke mit Stimmengleichheit vertreten sind, die bestehenden tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden imstande sein wird. Kurz nach diesem Beschluß trat Chruschtschew mit dem überraschenden Vorschlag einer allgemeinen und totalen Abrüstung hervor; binnen weniger Jahre sollten alle Armeen, Kriegsflotten und Luftwaffen

verschwinden. Daß es sich dabei um einen Propagandaschlager erster Ordnung handelt, liegt auf der Hand. Die Angst aller Völker vor dem Krieg und erst recht vor dem Atomkrieg, sowie die Sorgen über die stets steigenden Rüstungskosten sollen ausgenützt werden, um auch in der einstweilen nichtkommunistischen Welt Sympathien für die sowjetischen Bestrebungen zu gewinnen. Es ist dabei typisch, daß die Sowjets auf den Einwand, in einem solchen Falle müßte eine internationale Armee aufgestellt werden, sofort negativ reagierten. Daß Chruschtschews Vorschlag durchaus unrealistisch ist, ist klar. Schon die Kontrolle einer solchen Maßnahme ist ausgeschlossen. Und am Ende braucht ja jedes Land mindestens Polizeikräfte, nicht nur um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern auch um Störungen aus Nachbarländern abzuwehren. Es darf als sicher angenommen werden, daß der Ostblock schon zur Aufrechterhaltung seines Regimes starke Polizeikräfte benötigen würde und daß diesen zweifellos auch modernste Waffen, wie Panzer und Flugzeuge, zugeteilt würden. Wie anders wollte denn sonst die Sowjetunion weitere Aufstandsbewegungen, wie jene in Ungarn, niederschlagen wollen? Daß durch regelmäßigen Wechsel der Polizeimannschaften auch eine militärische Ausbildung einer großen Anzahl von Leuten ermöglicht werden könnte, ist einleuchtend. Solche «Polizeikräfte» würden selbstverständlich durchaus ausreichen, um ein unbewaffnetes Land zu überrennen, abgesehen davon, daß man eine an Zahl weit überlegene Bevölkerung letzten Endes auch mit primitiven Waffen, wie Jagdgewehren, Revolvern und selbst Knütteln ausrüsten und gegen einen weit schwächeren und waffenlosen Gegner einsetzen könnte.

Nun hat neuerdings Chruschtschew erklärt, die Sowjetunion würde allenfalls einseitig abrüsten, wenn die Westmächte sich nicht dazu entschließen könnten. Einstweilen ist schwer festzustellen, was mit dieser Behauptung gemeint ist. Gewiß könnte die Sowjetunion ihre konventionellen Streitkräfte wesentlich vermindern, ohne deshalb eine Gefährdung ihrer Sicherheit in Kauf nehmen zu müssen, um so mehr, als ihren leitenden Männern genau bekannt sein muß, daß der Westen niemals einen Angriff beginnen wird. Sicherlich wäre auch ihr eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben erwünscht und ebenso die Gewinnung weiterer Arbeitskräfte zur Durchführung der ehrgeizigen Wirtschaftspläne. Schließlich ist Chruschtschew sicherlich auch auf eine Zurückdämmung des Einflusses militärischer Führer bedacht, wie ja seinerzeit die Absetzung von Marschall Schukow gezeigt hat. Wieweit dieser Erklärung Taten folgen, bleibt abzuwarten; allein es wäre bestimmt eine Illusion, anzunehmen, die Sowjetunion würde in einem Maße abrüsten, daß sie für den Westen keine Bedrohung mehr darstellte.

Eine Bewertung der beiderseitigen Kräfteverhältnisse darf sich keineswegs nur auf eine Abschätzung der militärischen Mittel beschränken, sondern muß sich besonders auf den inneren Halt der beiden Gegner sowie auf ihre wirtschaftliche Macht erstrecken. Gegenüber dem Westen erscheint der *Sowjetblock* geschlossen; die Politik der Satelliten ist ausschließlich durch Moskau gelenkt. Wenn auch gelegentliche Selbständigkeitsregungen sich zeigen, wie etwa in Polen, werden sie rasch unterdrückt; Anzeichen von nationalkommunistischen Tendenzen, wie sie zum Beispiel in Lettland zum Ausdruck kamen, werden durch sofortigen Wechsel der maßgebenden Persönlichkeiten erstickt. Es ist auch klar, daß man über Divergenzen im Schoße des Sowjetregimes selbst wenig erfährt. Zweifellos ist Chruschtschews Stellung durch seine außenpolitischen Erfolge, besonders aber auch durch seine Reise nach Amerika, wesentlich gestärkt worden, so daß er mit einer allfälligen Opposition, wie sie zum Beispiel gegen seine Agrarpolitik zu bestehen scheint, wohl leicht fertig werden wird. Mit einer Palastrevolution ist also kaum zu rechnen. Wiewohl die Sowjetunion auf dem Gebiet der Industrialisierung, wie auch der Landwirtschaft, große Anstrengungen macht, dürfte das angekündigte Einholen der Vereinigten Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet auch auf die Dauer nicht zu realisieren sein; eine zentral geleitete Kommandowirtschaft, deren Organe zwangsläufig entweder zu Opportunisten oder zu Betrügern werden, wird nie das leisten können, was eine freie Wirtschaft, in der die Initiative des Einzelnen noch zählt. An dieser Sachlage ändern einzelne spektakuläre Erfolge, wie beispielsweise mit der Mondrakete, nichts; es ist natürlich nicht allzu schwierig, derlei auf beschränkten Gebieten hervorzubringen, wenn hierfür unbeschränkte Mittel eingesetzt werden. Wirtschaftlich bleiben also die Vereinigten Staaten und erst recht die Gesamtheit der Westvölker dem Sowjetblock überlegen. Das ist auch heute noch von großer Bedeutung, denn trotz der ungeheuren Zerstörungskraft moderner Kernwaffen ist die Möglichkeit der Ausschaltung des ganzen wirtschaftlichen Potentials des Westens in wenigen Tagen mehr als fraglich.

Der *Westen* weist eine bedeutend geringere Geschlossenheit auf als der Ostblock. Das rührt einerseits davon her, daß es in westlichen Ländern, zumal in der deutschen Bundesrepublik, in Großbritannien und vereinzelt auch in den Vereinigten Staaten immer noch zahlreiche Leute gibt, die sich der Illusion hingeben, daß durch Konzessionen aller Art der Friede gerettet werden könne. In Großbritannien scheint sogar die Regierung von diesen Strömungen nicht unbeeinflußt; die optimistischen Äußerungen Macmillans nach seinem Moskaubesuch und sein Drängen auf eine Gipfelkonferenz machen jedenfalls diesen Eindruck. Man möchte fast sagen, daß diese Leute nichts aus den Erfahrungen mit der «Appea-

ser»-Politik Chamberlains gelernt haben, die bekanntlich wesentlich dazu beigetragen hat, Hitlers Machtrausch zu steigern und ihn zur Auslösung des Dritten Weltkrieges zu ermutigen. Ferner sind die Bemühungen Macmillans und de Gaulles, ihren Ländern die im Grunde verlorene Großmachtstellung wieder zu gewinnen, der Einheit des Westens nicht besonders förderlich. So bestehen denn auch in der NATO trotz immer wieder hervorgehobener Betonung ihrer Notwendigkeit erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Es ist zwar einigermaßen verständlich, daß Frankreich das Risiko der Lagerung von Atomwaffen auf seinem Boden scheut, wenn es zu deren Einsatz nichts zu sagen hat. Jedoch hatte seine diesbezügliche Weigerung die unerfreuliche Folge, daß 200 amerikanische, bisher in Frankreich stationierte Jagdbomber, die zum Abwurf von Atombomben ausgerüstet sind, nach Großbritannien und Westdeutschland verlegt werden mußten. Noch unerfreulicher ist de Gaulles Opposition gegen die Integration der westlichen Streitkräfte, insbesondere auch der Luftverteidigung. Wieweit auf diesem Gebiet mit der Zeit eine Einigung erzielt werden kann, steht dahin. Auch die Gegensätze zwischen der «Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft» und den sieben in der «Kleinen Freihandelszone» vereinigten Ländern tragen nicht zur inneren Stärkung des Westens bei, auch wenn man hoffen darf, daß sie mit der Zeit überwunden werden können. Erfreulich ist hingegen das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich und ihren beiden leitenden Staatsmännern, sowie die feste Haltung de Gaulles in der Frage der Teilung Deutschlands und Berlins. Auch haben die NATO-Konferenz und die westliche Gipfeltagung im Dezember anscheinend doch zur Milderung, wenn auch nicht zum völligen Ausgleich der inneren Gegensätze der beteiligten Mächte geführt; die leitenden Staatsmänner haben sich zu einer festen Haltung in der Berliner Frage verpflichtet.

Das gegenseitige *militärische Kräfteverhältnis* hat sich gegenüber dem letzten Jahr nicht wesentlich geändert. Noch immer hat die NATO den vorgesehenen Bestand des «Schildes» in Mitteleuropa nicht erreicht; statt der 30 geplanten Divisionen stehen nur $21^1/_3$ auf dieser Front. Auch wenn Westdeutschland den jetzigen Bestand von 7 Divisionen auf die vorgesehenen 12 erhöht und Frankreich die beiden aus dieser Front nach Algerien abgezogenen Divisionen zurückführen würde, wären noch immer nicht genügend Kräfte vorhanden. Es ist verständlich, daß sich die Amerikaner über die Nichterfüllung der Verpflichtungen durch einzelne ihrer Alliierten beklagen. Besser liegen die Verhältnisse im Südosten der NATO-Front, wo insgesamt 24 Divisionen verfügbar sind, von denen neben den 7 italienischen und 5 griechischen die 12 türkischen den solidesten Pfeiler der Südflanke bilden. Schließlich verfügt die NATO über 5000 taktische Flugzeuge, wozu noch die auf 70 Stützpunkte verteilten 1600 Bomber des «Strategic Air Command» kommen. Demgegenüber hat die Sowjetunion, ohne Einrechnung der wohl nicht

durchaus zuverlässigen Satellitenstreitkräfte, immer noch 175 voll einsatzfähige Divisionen, die innert verhältnismäßig kurzer Frist auf mehr als das Doppelte vermehrt werden könnten, dazu 20 000 Kampfflugzeuge und 200 Fernbomber. Ihre Überlegenheit an konventionellen Land- und Luftstreitkräften ist also immer noch sehr bedeutend. Gegenüber der großen Zahl der sowjetischen Unterseeboote normaler Konstruktion bieten die amerikanischen atomgetriebenen Unterseeboote einen gewissen Ausgleich. In bezug auf taktische und Mittelstreckenraketen dürfte in beiden Lagern ein gewisser Sättigungsgrad erreicht sein; ein allenfalls noch bestehender Rückstand Nordamerikas in bezug auf interkontinentale Raketen wird dadurch kompensiert, daß die NATO von ihren zahlreichen europäischen Stützpunkten aus alle Ziele zumindest im europäischen Rußland mit Mittelstreckenraketen zu erreichen vermöchte, während die Sowjetunion nur von Unterseebooten aus Nordamerika mit solchen Mitteln angreifen könnte.

Nordafrika

Es ist keine Frage, daß Nordafrika für den Schutz der europäischen Südflanke von entscheidender Bedeutung ist. Der Algerienkrieg ist daher eine schwere Belastung für den Westen. Trotz unbestreitbaren Erfolgen der französischen Truppen und dem großzügigen Angebot der Selbstbestimmung seitens de Gaulles dauern die Feindseligkeiten fort. Es steht außer Frage, daß das algerische Volk, und zwar auch die Masse der Muselmanen, genug davon hat. Es ist daher erstaunlich, daß die freie Welt nicht schärfer gegen die Aktionen des FLN Stellung nimmt, die ja nicht einen wirklichen Krieg, sondern fortgesetzte Terroraktionen darstellen, denen zahlreiche Unschuldige, Frauen, Kinder und harmlose Touristen zum Opfer fallen, darunter viel mehr Muselmanen als Franzosen. Terror, das Mittel, mit dem verschwindend kleine Minderheiten der Mehrheit ihren Willen aufzwingen wollen, sollte viel eindeutiger verurteilt werden. Allein die Vereinigten Staaten, teils aus ihrem Antikolonialismus heraus, teils aus wohl übertriebener Rücksicht auf Nasser, halten sich zurück, wie durch ihre Stimmenthaltung bei der Abstimmung über die Algerienresolution in den Vereinigten Nationen deutlich zum Ausdruck kam. Auch für die unmittelbaren Nachbarn Algeriens, insbesondere Tunesien, ist dieser Krieg eine Belastung; doch dürfen ihre Staatsmänner mit Rücksicht auf ihre eigenen Völker sich in dieser Frage nicht exponieren. Daneben besteht in diesen Ländern das Bestreben nach Auflösung der noch vorhandenen ausländischen Stützpunkte; die bevorstehende Räumung der amerikanischen Basen in Marokko wird allerdings durch das sich immer enger gestaltende Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Spanien und die ausgedehnten dort vorhandenen Stützpunkte ausgeglichen.

Naher und Mittlerer Osten

Der Nahe und der Mittlere Osten bilden einen weiteren Unruheherd. Während Nasser versucht, mittels der Arabischen Liga mit der Zeit die Hegemonie über alle arabischen Völker zu erreichen, regen sich allerorts Widerstände. Daß die Königreiche Saudiarabien und Jordanien nur widerstrebend mit dem Zertrümmerer des ägyptischen Königtums zusammenarbeiten und wesentlich durch den Haß gegen Israel mit ihm verbunden bleiben, ist selbstverständlich. Allein neuerdings treten in der Vereinigten Arabischen Republik selbst Schwierigkeiten auf, seit die Syrer deutlich zu erkennen geben, daß sie der ägyptischen Herrschaft müde sind. Bei dieser Bewegung ist sicher der Irak mit im Spiel, wo Kassem, von den Kommunisten unterstützt, eine scharf gegen Nasser gerichtete Politik führt. Gleichzeitig geht er neuerdings mit Drohungen und Gebietsforderungen gegen den Iran vor, der sich ohnehin auch von der Sowjetunion bedroht fühlt. Das hat denn auch dazu geführt, daß der vormalige Bagdadpakt als sogenannter CENTO-Pakt neu belebt worden ist, dem die Türkei, Iran und Pakistan angehören, in dem aber die Vereinigten Staaten, wiewohl nicht volles Mitglied, die entscheidende Rolle spielen. In der Unstabilität des Vorderen Orients bildet Israel mit seiner leistungsfähigen Armee noch allein einen soliden Stützpunkt, weshalb es neuerdings von der Sowjetunion scharf angegriffen wurde, die selbstverständlich überall die Hand im Spiele hat und sowohl politisch durch ihr hörige Parteien und Stämme, als durch Wirtschaftshilfe wie das Anleihen für den Assuanstaudamm oder durch Waffenlieferungen Einfluß zu gewinnen sucht, mit dem Ziele, den Westen völlig aus diesem Raum zu verdrängen.

Ferner Osten

Im Fernen Osten ist die Aggressivität Chinas in dauerndem Zunehmen begriffen. Die grausame Niederwerfung Tibets wurde gefolgt von den mehrfachen Einfällen chinesischer Truppen auf indisches Gebiet, die damit begründet wurden, daß China die sogenannte MacMahon-Linie nicht anerkennt, die doch als einigermaßen natürlicher Grenzverlauf betrachtet werden kann. Die anfänglich laue Reaktion Nehrus begegnete aber im Volke mit Recht wachsender Kritik, so daß dieser doch allmählich eine festere Haltung einzunehmen begann. Wie sich die Verhältnisse weiterentwickeln werden ist schwer vorauszusehen; eine «freundschaftliche» Einigung wäre wohl nur bei großen Konzessionen seitens Indiens möglich. Anderseits ist es doch fraglich, ob China, mitten in der Entwicklung begriffen, einen Krieg wagen würde. Die nach englischem Muster ausgebildete indische Armee stellt immerhin einen beachtenswerten Faktor dar. China steht bestimmt auch im Hintergrund der dauernden Rebellen-

bewegungen in Laos. Auch wenn ein eigentlicher Übertritt von Truppen des Vietminh, der ja in engster Beziehung zu Peking steht, nicht nachgewiesen werden konnte, so sind doch wesentliche Waffenlieferungen an die Aufständischen erfolgt; auch sonst wurde diesen wohl alle denkbare Unterstützung gewährt.

Man hat den Eindruck, daß die Gewaltakte Chinas im Augenblick der Koexistenzparolen der Sowjetunion nicht gut ins Konzept passen. Auch sonst bestehen unzweifelhaft zwischen den beiden Mächten Meinungsverschiedenheiten. Allein daraus schließen zu wollen, Chruschtschew werde sich aus Furcht vor Chinas steigender Macht nun dem Westen zuwenden, wäre eine schwere Selbsttäuschung; auch wenn, auf sehr lange Sicht gesehen, China als der potentielle Feind Nummer 1 der Sowjetunion erscheinen mag, so weiß doch Chruschtschew gut genug, daß China ihn noch lange Zeit notwendig hat; bis dahin hofft er wohl, den Westen in seine Hand zu bekommen.

Die Sowjetunion wirkt aber zweifellos im Hintergrund der von Linkskreisen geführten Bewegung gegen die amerikanischen Stützpunkte in Japan mit, der allerdings bis heute noch kein Erfolg beschieden war.

Übrige Länder

Auch in *Mittel- und Südafrika* herrscht Unrast. In verschiedenen dieser neu zur Unabhängigkeit oder wenigstens zur Autonomie innerhalb des Commonwealth oder der Communauté française gelangten Länder sind Unruhen zu verzeichnen. Typisch dafür sind die Verhältnisse im Kongo. Man fragt sich, ob und wie diese neugegründeten Staaten mit ihrer Unabhängigkeit fertig werden. Das lebhafte Interesse der Sowjetunion auch an diesen Gebieten kommt im Entsenden von Missionen prominenter Persönlichkeiten und im Angebot von wirtschaftlicher und anderer Hilfe zum Ausdruck. In Südafrika führt die Politik der Apartheid zu namhaften Schwierigkeiten und riskiert zudem, diese Gegend dem freien Westen zu entfremden.

In *Südamerika*, diesem traditionellen Unruheherd, sind dauernd Rebellionen und Rebellionsversuche zu verzeichnen. Daneben kommt es auch zu Kundgebungen der Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten, wie seinerzeit bei der Reise des Vizepräsidenten Nixon oder neuerdings in Panama. Daß der internationale Kommunismus diese Wirren ausbeutet, steht außer Zweifel, auch wenn er nicht überall der eigentliche Urheber ist. Besonders deutlich wird dies auch in Argentinien, wo die gefährliche Opposition gegen die Regierung Frondizi Peronisten und Kommunisten verbindet.

Ausblick

Der Ausblick auf das neubegonnene Jahr ist unerfreulich. Wo man hinblickt, ist der internationale Kommunismus im Angriff, teils direkt, teils unter Ausnützung bestehender Spannungen nationalistischen oder innerpolitischen Ursprungs. Und der freie Westen befindet sich dauernd in der Defensive, er wehrt zwar ab, und nicht einmal immer energisch genug, er selbst hat noch keine entscheidende Offensivaktion unternommen. Aber auch im Kalten Krieg kann man so wenig als im Heißen auf die Dauer der Niederlage entgehen, wenn man sich auf reine Abwehr beschränkt. Gewiß, die Sowjetunion hat bis jetzt nicht zu den militärischen Waffen gegriffen, und es besteht der bestimmte Eindruck, daß sie vor der Entfesselung eines totalen Krieges, wenigstens zur Zeit, zurückschreckt. Sie setzt darum mit um so größerer Intensität ihre psychologischen und wirtschaftlichen Kampfmittel ein: die Friedens- und Koexistenzbeteuerungen und die Verbreitung der Atomangst zur Aufweichung des Widerstandswillens im freien Westen und die Gewährung von Anleihen, die Lieferung von Maschinen und Waffen und die Stellung von Fachleuten und Technikern aller Art zur Ausbreitung des kommunistischen Einflusses in den unterentwickelten Ländern. Dieser ungeheuren Bedrohung, deren Endzweck die Wehrlosmachung der freien Welt ist, kann der Westen nur mit *unbeugsamer Festigkeit* begegnen. Hoffen wir, daß diese auf den kommenden Gipfelkonferenzen unerschütterlich zum Ausdruck komme.